

Leserbrief

Hoffnung auf bessere Zeiten

Meinungsbeitrag zur Wirtschaftslage

In Abständen kommt es in der Wirtschaft bezüglich Wachstum zu einem Auf und Ab. Über die Zukunft treten Staat, Banken und Professoren in den Medien mit negativen Prognosen an die Öffentlichkeit. Bei kleinsten Anzeichen von Abschwung schreiben sie Rezession und Arbeitslosigkeit geradezu herbei. So auch aufgrund der durch Arbeitszeitverlängerung und Teilzeitarbeit verdeckten Kürzung der Löhne im grössten mittleren und unteren Einkommensbereich.

Es kann jedoch nicht Aufgabe dieser «Wahrsager» sein, die Gesellschaft derart negativ und kontraproduktiv zu beeinflussen. Besser wäre, ihr Hoffnung auf bessere Zeiten zu machen – ebenso wie auch den wertschaffenden KMU Mut zum Erhalt von Know-how, Produktivität und von der Kreativität des bestehenden Personals.

Liberalismus wollte ursprünglich aufgrund des Laissez-faire-Prinzips demokratischen Gemeinnsinn und sozialen Wohlstand für alle. Er kam jedoch in den Sog von Rationalität und Gewinn des marktradikalen, zum Teil sozial neoliberalen Konzeptes und

«Längst ist globales Umdenken gefragt.»

wurde mit Befreiung von staatlichen Fesseln und Verkommen von Sozialpartnerschaft und Gesamtarbeitsverträgen zur Farce.

Genau diese Kreise fordern nun Eingriffe und Hilfe von Staat und Nationalbank. Schon ist unsere sichere und starke Währung daran, sich gegenüber anderen wieder richtig einzupendeln. Es sei denn, sie würde erneut vermehrt von fremden Kapitalien spekulativ als Fluchort missbraucht, und die SNB tue nichts Wesentliches, um diesem Hauptgrund der heutigen Wertung des Frankens Herr zu werden.

Längst ist globales Umdenken gefragt. Hier – durch Zähmung des neoliberalen Systems – geprägt durch Vermehrung des Geldes von Vermögenden zu noch mehr Geld, über Spekulation und Steuerhinterziehung auf der ganzen Welt. Dort durch Neuordnung der Abhängigkeit der wertschöpfenden Realwirtschaft von der weitgehend unproduktiven, durch Grossbanken in Verruf geratenen Finanzwirtschaft (horten, verwalten, statt zu kreditieren und zu investieren). All dies, um das durch die unverhältnismässige Verteilung von Arbeitseinkommen und Kapitalbesitz vergrösserte neoliberale Krisenpotenzial möglichst zu reduzieren.

Hans E. Brühlhart, Freiburg



Optimismus statt Angstmasche sei angebracht, findet FN-Leser Hans E. Brühlhart.

Bild key/a

«Einen grossen Bock geschossen»: Leserbriefe zum Asylzentrum Guglera

Fragwürdiges Verständnis von Demokratie

«Bund plant Asylzentrum in der Guglera» – FN vom 13. Februar

Der Initiant der Institution zur Betreuung und Eingliederung von übergewichtigen und verhaltensauffälligen Jugendlichen sieht sich gezwungen, sich aus unternehmerisch-finanziellen Gründen von einem Teil der Liegenschaft zu trennen. Der Grund für den Misserfolg der Idee liegt nicht zuletzt an der geografischen Lage. Bei einem Standort im französischsprachigen Teil des Kantons hätten die Anzahl der Interessierten aus der Romanie und die Unterstützung durch den Kanton mit Sicherheit anders ausgesehen. Wie Galle schmeckt mir da der Entscheid des Kantons für einen «Tag der Zweisprachigkeit» in diesem Jahr.

Nach der Abstimmung zur Masseneinwanderungsinitiative wurde gegen aussen das unumgängliche Respektieren des Volkswillens als das «höchste Gut» betitelt. Mit Befremden stelle ich fest, dass in den Gesprächen mit den europäischen Partnern der Volkswille anders vertreten wird, als wenn es um innere Angelegenheiten wie zum Beispiel Standortentscheide der Bundeszentren geht. Von eidgenössischen und kantonalen Departementen wird ohne geringste Information oder Rücksprache entschieden und festgelegt.



Ab 2017 wird die Guglera in Giffers zum Bundesasylzentrum. Bis zu 300 Asylsuchende sollen dereinst hier untergebracht werden.

Bild Aldo Ellena/a

Ebenso erstaunen mich die Reaktionen der politischen Parteien. Von sozial über christlich bis zu liberal oder schweizerisch wird der Entscheid zum Standort Guglera mit einem mehr oder weniger deutlichen Nicken kommentiert. Kritische Aussagen zum Vorgehen hinsichtlich des Respekts der demokratischen Grundsätze sind im Wahljahr auf stumm geschaltet.

In Aussicht gestellte Arbeitsplätze und hypothetischer

Umsatz für das heimische Gewerbe bewirken das Gleiche wie die Münze in der Figur des Kapuziners in den Läden vergangener Zeiten: Dezentenes Nicken für eine begrenzte Zeitdauer. Als vor Jahren in der gleichen Gemeinde Asylbewerber in der Zivilschutzanlage untergebracht werden sollten, wurde an der Fahnenstange beim Eingang ein (Gessler-)Hut aufgezogen.

Mit den heute bekannten Tatsachen haben die Ent-

scheidungsträger bei Bund und Kanton nicht den Apfel vom Kopf des Knaben, jedoch einen grossen Bock geschossen.

Der gefällte Standortentscheid hinter dem Rücken der Region, der Gemeinde und der Bevölkerung sowie der Informationsabend zum falschen Zeitpunkt zeugen von einem fragwürdigen Demokratieverständnis.

Mauritz Boschung, Alp Stoss, Plaffeien

Vom Sozialwerk zur Goldgrube

Meinungsbeitrag zum Asylzentrum Guglera in Giffers

Liest man in den FN über die zukünftige Entwicklung des Instituts Guglera, muss man mit Erstaunen feststellen, dass sich das Institut hauptsächlich auf Kosten aller Schweizer Steuerzahler zu einer Goldgrube entwickelt. Damit sind gar nicht die von Krieg und Elend verfolgten Asylbewerber gemeint, sondern deren Betreuer: Zweimal schreiben die FN von 40 hochbezahlten Arbeitskräften.

Ich frage mich: Muss man eine hochbezahlte Person sein, um einen sozialen Beruf auszuüben? Und dies in einer Region, wo viele Leute am Existenzminimum leben? Funktionieren das vom Bund finanzierte Asylwesen und die ganze Bundesverwaltung nur mit hochbezahltem Personal?

Bund sind wir alle, ob arm oder reich, und der Bund finanziert sich von den Steuereinnahmen aller Schweizer Bürger. Die Politik sollte aufhören, ihren Bürgern Sand in die Augen zu streuen und stattdessen bekannt geben, was ein hochbezahlter Asylbetreuer verdient. Es sollte doch nicht sein, dass sich das Asylwesen in eine Sozialindustrie verwandelt und letzten Endes nichts gegen die Schlepperbanden unternimmt.

Franz Stritt, Schmitten

Familien-Initiative: Segen oder Fluch?

Entlastet die Familien-Initiative der CVP Familien nachhaltig? Oder leiden am Ende die Familien unter den Steuerausfällen, die die Initiative mit sich bringt? Die FN-Leser sind geteilter Ansicht. Abgestimmt wird am 8. März.

Die Steuerausfälle müssen wieder eingespart werden

Dem Leserbrief von Laurent Baeriswyl vom 14. Februar kann ich bis zur Hälfte beistimmen und ihn unterstützen: Die Familie, davon gibt es heute viele verschiedene Formen, ist ein wichtiger Ort, wo die Kinder geborgen und aufgehoben sind. Dies hat jedoch nichts mit der Familien-Initiative der CVP zu tun. Schauen wir die Berechnungstabelle in der gleichen Zeitung und vom selben Tag an, sieht jeder auf den ersten Blick die ungerechten Unterschiede. Eine Familie mit einem steuerbaren Einkommen von 50 000 Franken würde pro Jahr gerade 273 Franken weniger Steuern bezahlen. Wobei eine gleiche Familie mit einem steuerbaren Einkommen von 150 000 Franken pro Jahr 3574 Franken weniger Steuern bezahlen müsste. Ich frage Sie: Ist das gerecht?

Im Berechnungsbeispiel sind auch die Prozente der Einsparung pro Familie gerechnet. Das sieht für die einkommensschwachen Familien sogar sehr gut aus. Versuchen Sie jedoch, bei Ihrem nächsten Einkauf an der Kasse mit Prozenten zu bezahlen. Der CVP werfe ich nichts vor. Sie

hat es mit der Familien-Initiative gut gemeint, jedoch die Sache nicht zu Ende gedacht. Irgendwo müssen diese Steuerausfälle eingespart werden. Wo kann am einfachsten gespart werden? Bei den Sozialausgaben und den Schulen. Dies würde wieder die Familien treffen.

Wenn wir die Familien finanziell entlasten wollen, könnten wir dies über eine Erhöhung der Kinder- und Ausbildungszulagen machen. Dieser Beitrag könnte eventuell vom Bund kommen und einmal nicht von den Arbeitgebern. Wenn dem Parlament die Familie und die Kinder so wichtig sind, sollten sie ihm etwas wert sein. Mit schönen Worten kann keine Familie Windeln, Brot oder Schulmaterial kaufen. Deshalb werde ich am 8. März zur Familien-Initiative Nein stimmen.

Anton Haymoz, Düdingen

Familien entlasten, Wirtschaft fördern

Die Initiative der CVP sieht vor, die Familien durch Steuerbefreiung der Kinder- und Ausbildungszulagen zu entlasten. Wer Kinder hat, weiss, dass die Kinder- und Ausbildungszulagen ein dankbarer Beitrag sind, der es aber den Familien nicht ermög-



Alle Parteien wollen die Familien stärken. Über das Wie sind sie sich uneins.

Bild Keystone/a

licht, deswegen auf grossem Fuss zu leben. Nein, eine solche Steuerbefreiung würde den meisten Familien etwas mehr Luft zum Atmen verschaffen. Kinder- und Ausbildungszulagen an die Familien sind wichtig und absolut notwendig. Es kann also in der Tat nicht sein, dass man auf Zulagen, die zum Ziel haben, die Familien finanziell zu unterstützen, Steuern abgeben muss.

Daher ist es an der Zeit, die Familien von diesen Steuern zu befreien, damit sie etwas mehr Geld zur Verfügung haben, welches sie wieder in die Wirtschaft einfliessen lassen können. Es ist doch ganz einfach: Wer mehr Geld zur Ver-

fügung hat, wird dieses über kurz oder lang wieder einsetzen und so die Wirtschaft unterstützen. Deshalb kann man am 8. März 2015 nur ein Ja zur Familieninitiative in die Urne legen.

Marc Habegger, St. Silvester

Initiative löst keine wirksame Familienpolitik aus

Jetzt ist es sogar in den SBB-Zügen zu lesen: Die CVP macht sich für die Kinder stark. Sie will Familien von der steuerschweren Last der Kinder- und Ausbildungszulagen befreien. Am 8. März wird da-

rüber abgestimmt. Je länger es dauert, je mehr verkommt die Kampagne zu einer opportunistischen Imagekampagne. Das ist in einem Wahljahr besonders ärgerlich. Vor allem deshalb, weil die Initiative ein Milliardenloch in die Kassen von Bund und Kanton reissen würde. Das ist nicht akzeptabel, gerade nicht von einer Partei, die locker mithilft, auch die Unternehmenssteuer wieder einmal senken zu wollen und später dann mithelfen wird, Sparpakete zu schnüren.

Wovon sollen in Zukunft Leistungen für die Allgemeinheit bezahlt werden, wenn immer weniger Steuergelder zum Beispiel für die Reduktion von Krankenkassenprämien, für familienexterne Kinderbetreuung, für die Unterstützung von Seniorinnen und Senioren zur Verfügung stehen? Sicher, Familie Freiburghaus könnte sich freuen, wenn ihre Steuerrechnung etwas tiefer ausfällt. Aber was nützen ihr tausend Franken unter dem Strich, wenn die Mutter an den Herd zurückgedrängt wird, weil kein Kita-Platz in der Gegend frei ist oder – falls sie zu den Glücklichen gehört – wenn Krippenkosten den Teilzeitlohn gleich wegfressen? Wer eine wirksame Familienpolitik für alle, statt Steuergeschenke für einige will, stimmt am 8. März Nein.

Marc-David Henninger, Freiburg